

einigen Schiffen am Frachtverkehr zwischen Niederländisch-Indien und der nordamerikanischen Westküste beteiligt.

Alles in allem genommen ist die wirtschaftliche Lage Niederländisch-Indiens, von einigen Zweigen des Produktenhandels, wie Tabak und Mais, abgesehen, keineswegs so schlecht, wie der Alarm über das Eingreifen der Regierung in die Wirtschaftsverhältnisse der Kolonien vermuten ließ. In einigen Handelszweigen, Kautschuk zum Beispiel, sind sogar dank der starken

Nachfrage der Vereinigten Staaten glänzende Geschäfte zu verzeichnen. Daß Niederländisch-Indien immer noch unendlich viel besser daran ist wie das Mutterland, und der koloniale Egoismus nicht so weit gehen darf, ihm die Unterstützung zu versagen, deren es bedarf, auch wenn dabei der eigene Vorteil einmal nicht auf seine Rechnung kommt, erkennen denn auch die Kolonisten allmählich an.

Dr. oec. publ. Arthur Heber

Probleme der Kriegs-Finanzwirtschaft

Wer einst die Geschichte dieser denkwürdigen Monate zu schreiben unternimmt, wird erstaunend bemerken, wie gering das Interesse dieser Zeit an wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen gewesen ist. Es ist, als ob die Politik, die vor dem Krieg durch die Industrialisierung und Kommerzialisierung der Welt in den Hintergrund des Geschehens und des Denkens aller Volksschichten gedrängt war, jetzt für die lange Vernachlässigung Vergeltung üben wollte. Alles Interesse scheint durch die militärisch-diplomatischen Ereignisse aufgesogen. Die wichtigsten Angelegenheiten der Volkswirtschaft werden nur von einem kleinen Kreise von Beamten, Berufspolitikern und Publizisten erörtert. Wer heute versuchen wollte, die öffentliche Meinung Deutschlands für die Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich-Ungarn, für die künftige Ordnung der Reichsfinanzen oder für die Neugestaltung des Kartellwesens zu gewinnen, würde bald einen passiven Widerstand gegen sich aufstehen fühlen, der lähmt und stärker zermürbt als Widerspruch und Kampf.

Eine solche Lage entsteht niemals, ohne daß sich Recht und Unrecht auf beide Lager verteilen. Sie ist die Folge davon, daß bisher kein Führer sichtbar geworden ist, der sich Gehör und Gefolgschaft erzwingen könnte. Auch können wir dem Instinkt nicht ganz unrecht geben, der die wirtschaftlichen Fragen so lange zurückzustellen rät, bis der Krieg zu einem guten Ende geführt ist und die Grundlagen des neuen Europa erkennbar geworden sind. Dennoch wäre es verhängnisvoll, sich diesem natürlichen Gang allzu unbedenklich zu überlassen. Nicht nur Politik und Wirtschaft in dieser Zeit enger verknüpft als in irgend einer früheren: auch die Grenzen von Krieg und Frieden beginnen zu verschwimmen. Je länger sich die Fatalität des Krieges den Staaten auferlegt und zum Zustand macht, was früher Vorgang und Bewegung war, desto stärker wird auch die künftige Friedenswirtschaft durch die Eigenart und die Ausdehnung der Kriegswirtschaft bestimmt und präjudiziert. Die Sorglosigkeit, mit der man bei uns die Entwicklung der wirtschaftlichen Angelegenheiten ihren Lauf nehmen läßt, ist aber um so gefährlicher, als sie überdies aus einem Irrtum gespeist wird: dem Wahn, als seien die Probleme der Kriegswirtschaft, zum mindesten die finanziellen, in Deutschland bereits jetzt vorbildlich gelöst.

Niemand wird versuchen wollen, den Erfolg der deutschen Kriegsanleihen verkleinern zu wollen. Er ist unerhört in der Geschichte der Staatsfinanzen und wird vermutlich auch in keinem künftigen Kriege von irgend einem Staat Europas wieder erreicht werden. Dennoch wird man nicht, gestützt auf die zahlenmäßigen Ergebnisse der sieben Emissionen, über die schwächeren Stellen unserer Kriegsfinanzwirtschaft hindergleiten können. Man wird fragen müssen, ob die ungeheuerlichen Vermögensverschiebungen, die mit jedem großen Krieg notwendig verbunden sind, nicht durch die Organisation der Seereslieferungen über das notwendige Maß hinaus gesteigert sind. Man wird zu prüfen haben, ob die Gründe, die gegen den Ausbau der Kriegsbesteuerung angeführt zu werden pflegen, nicht schon längst ihre Stützbarkeit verloren haben. Und man

wird endlich darauf hinweisen müssen, daß die Kriegsausgaben seit einiger Zeit sehr viel rascher anwachsen als die Ergebnisse der Kriegsanleihen. Das Verhältnis von Kriegskosten und langfristigen Anleihen steht für Deutschland noch immer günstiger als für irgend ein anderes europäisches Land. Aber dieses Verhältnis ist auch bei uns im Begriff sich ungünstig zu verschieben. Der Anteil der bei der Reichsbank und bei anderen Geldgebern aufgenommenen Kredite an den Kriegsausgaben wächst.

Die Ursache dieser Erscheinung liegt nicht an der Oberfläche. Sie wird demjenigen ganz unverständlich sein, dessen ganze ökonomische Weisheit sich in dem Satz zusammenfassen läßt, daß „das Geld im Lande bleibt“, und daß sich also in zuverlässigem Kreislauf das Gleichgewicht von Kriegsausgaben und Kriegsanleihen automatisch stets von neuem herstellen müsse. Läßt man diese nicht unbedenklichen Gemeinplätze beiseite und nähert sich den Dingen selbst, so lassen sich drei Faktoren erkennen, die für die Dispersion der Kapitalbildung bestimmend sind: die Wertpapierbörse, die Landwirtschaft und die Kriegsgewinne selbst.

Daß die Hochkonjunktur der Wertpapier-Spekulation die Ergebnisse der Kriegsanleihen schmälern muß, ist nur deshalb bisher mit Erfolg bestritten worden, weil man jene These mit unrichtigen und leicht widerlegbaren Argumenten zu verteidigen pflegt. Der Kauf eines Wertpapiers entzieht, sobald es sich nicht um eine neue Emission handelt, in der Tat der Volkswirtschaft kein Kapital, sondern stellt den gleichen Betrag dem Vorbesitzer zur Verfügung. Es ist aber nicht nur zweifelhaft, ob dieser Betrag ungeschmälert den Kriegsanleihen zugute kommt, sondern es läßt sich aus der täglichen Erfahrung das strikte Gegenteil davon erweisen. Denn die Spekulationsgewinne, die bei dem Verkauf zu ständig steigenden Kursen in sehr reichem Maße gemacht worden sind, werden zum größten Teil gewiß nicht in Kriegsanleihe angelegt, sondern dienen dem mehr oder weniger ausgedehnten Konsum des Vorbesitzers.

Nun könnte man einwenden, daß doch die Verkäufer der Waren, die von jenem konsumiert werden, nunmehr höhere Erträge erzielen und sich daher auch stärker als Zeichner befähigen können. Hier aber ist in Betracht zu ziehen, daß auch das Einkommen jener Lieferanten in steigendem Maße durch die höheren Lebenskosten, vor allem für Nahrungsmittel, absorbiert wird, daß aber das steigende Einkommen der ländlichen Bevölkerung sich nur teilweise in höheren Anleihe-Zeichnungen aussprechen. Wenn wir hier von erhöhten Preisen für landwirtschaftliche Produkte reden, so sind natürlich nicht die im letzten Jahr nur unbedeutend veränderten Höchstpreise gemeint, sondern die sehr viel höheren Krypto-Kurse des strafrechtlich verbotenen Handels, zu denen breite Schichten der bürgerlichen und proletarischen Bevölkerung sich mit Lebensmitteln zu versorgen pflegen. Daß aber die Landwirtschaft die Gewinne, die ihr aus dem legitimen und illegitimen Absatz ihrer Produkte zufallen, nicht überall in Form von Kriegsanleihen festlegt, hat zwei Gründe, von denen bisher gewöhnlich nur der erste angeführt zu werden pflegt. Der Bauer ist vielfach geneigt, jeder

Art von papierner Kapitalanlage das Mißtrauen des „natürlichen“ Menschen entgegenzubringen, der nur sichtbare Güter und allenfalls Geldzeichen als dauernde und sichere Werte anerkennt. Er wird aber auch auf einer höheren Stufe des ökonomischen Rationalismus gegen die Umsetzung seiner Kriegsgewinne in Reichsanleihen Bedenken tragen. Denn diese Gewinne schließen einen Teil seines Betriebskapitals ein, das er nicht festzulegen wünscht, weil ihm nur schwer die Zuversicht eingeflößt werden kann, daß nach Kriegsende die Rückverwandlung der Anleihen in Betriebskapital ohne Stockungen und ohne Verluste vor sich gehen wird. Er wird den Stand seiner Felder und seines Viehbestandes betrachten und sich dafür entscheiden, die Mittel zu ihrer Wiederinstandsetzung in Geldform zurückzuhalten, auch wenn ihm dadurch Zinsverluste entstehen.

Die Wirkung der besprochenen beiden Faktoren wird durch das Hinzutreten eines dritten noch verstärkt. Wir meinen die gesteigerte Kaufkraft und Kauflust jener Kriegsgewinnler, die als „nouveaux riches“ den Drang zu erhöhtem Konsum mit großer Unbedenklichkeit in vaterländischen Angelegenheiten zu verbinden pflegen. Daß die Steigerungen der Börsenkurse einerseits, die Rekordpreise des Schleichhandels andererseits hier, wo nicht ihren Ursprung und ihre dauernde Quelle, so doch die nachhaltigste Stütze haben, wird mit vielen Beweisen und Indizien zu belegen sein. In einem andern Zusammenhang werden wir von dem in mannigfacher Hinsicht interessanten Lebensmittelkäufen der Werkverwaltungen zu reden haben; hier genüge der Hinweis auf diese Transaktionen, von denen schon heute mit einiger Sicherheit ausgesagt werden kann, daß

sie es gewesen sind, die das Kriegsernährungssystem des Staates gesprengt haben.

Nun könnte man alle diese Einrichtungen verhältnismäßig unbedenklich finden, solange man sie nur nach ihrer Bedeutung für den Aufbau der Gesellschaft betrachtet. Der Schaffung der in jeder Hinsicht unerwünschten Schicht der „nouveaux riches“ stünde dann eine Stärkung der deutschen Landwirtschaft gegenüber, die gewiß durchaus im Interesse des sozialen Ganzen liegt. Für die Volkswirtschaft aber, und für die Zukunft des deutschen A u ß e n h a n d e l s im besonderen kann sich jene Lücke der deutschen Kriegsfinauzwirtschaft als höchst gefährlich erweisen. Denn wo Kriegskosten in wachsendem Umfang durch Kreditaufnahme bei der Notenbank gedeckt werden, wächst die Inflation und damit die Preissteigerung. Die Erhöhung des Preisniveaus aber schwächt die Konkurrenzfähigkeit des Landes auf dem Weltmarkt. Man neigt jetzt dazu, Preisfragen sehr leicht zu nehmen und sich auf die exportfördernde Wirkung des Disagios der Mark zu berufen. Mit Unrecht: denn dieser Vorteil wird bei einem Lande, das auf Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhr angewiesen ist, durch die Verteuerung des Imports zum größten Teil aufgezehrt werden. Auch der Hinweis auf die ähnlichen und vielfach stärkeren Erscheinungen in England, Frankreich und Nordamerika berechtigen uns nicht zu größerer Lässigkeit. Es liegen hier Aufgaben für den Staat, die nicht weniger wichtig sind als die Organisierung der Übergangswirtschaft und die Fundierung der Reichsanleihezinsen. Die Grundlagen unserer Wirtschaftsführung selbst stehen in Frage.

Dr. Kurt Singer

Die Geldvermehrung in Deutschland, England und Frankreich

Der Begriff „Inflation“ ist nicht allgemein feststehend. Er schwankt im Streit der Theorien. An diesem teilzunehmen ist nicht unsere Aufgabe, wohl aber, tatsächliche Unterlagen für ihn zu beschaffen. Hierbei lassen wir wiederum Warenpreise und Warenvorräte einerseits, zu denen die Geldmenge in Beziehung gesetzt zu werden pflegt, um die Inflation zu ermitteln, außer acht, wie auch andererseits die Fragen der Geldschöpfung bzw. der Kreditgebarung, aus denen die Ursachen der Inflation aufzuklären wären. Vielmehr suchen wir lediglich die absolute Höhe der Vermehrung der Geldmenge während des Krieges festzustellen. Da die Inflation ein relativer Begriff ist, der keineswegs mit einem Anwachsen der Geldmenge an sich identifiziert werden kann, so ist durch den Vergleich mit dem Friedensstand noch kein unbedingt sicherer Maßstab gewonnen, wohl aber eine Grundlage für weitere Untersuchungen.

Die folgende Tabelle weist die Vermehrung des Papiergeldes in Deutschland vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1917 aus:

	Reichsbankausweise		Zu- bzw. Abnahme
	31. 12. 1913	31. 12. 1917	
Umlaufende Noten	2 237 416 000	11 467 749 000	+ 9 230 333 000
Fremde Gelder	695 854 000	8 050 389 000	+ 7 354 535 000
Bestand an Noten anderer deutsch. Banken	28 321 000	674 000	- 27 647 000
Bestand an Reichskassenscheinen nebst Dahrlehnskassenscheinen	19 346 000	1 314 790 000	+ 1 295 544 000
davon Dahrlehnskassensch.	—	1 304 500 000	—
Metallbestand	1 081 711 000	2 587 936 000	+ 1 506 225 000
davon Gold	816 768 000	2 406 586 000	+ 1 589 182 000

Wechsel, Schecks u. Disk. Schatzanweisungen	1 731 921 000	14 596 106 000	+ 12 864 185 000
Beleihungen Lombards	97 324 000	5 111 000	- 92 213 000
Wertpapiere	87 648 000	89 161 000	+ 1 513 000
Dahrlehnsbestand bei den Dahrlehnskassen	—	7 373 700 000	—

Danach nahmen die umlaufenden Noten der Reichsbank zu um 9 230 333 000 „. Nur die im Verkehr befindlichen Zahlungsmittel sind in der Lage, auf die Preise zu wirken. Es muß also bei den Reichskassenscheinen, den Darlehenskassenscheinen und den Noten anderer deutscher Banken zwischen den umlaufenden Geldzeichen und den in der Reichsbank befindlichen unterschieden werden.

Laut Gesetz vom 22. März 1915 ist der Betrag der auszugebenden Reichskassenscheine um 120 Mill. M auf 360 Mill. M erhöht worden. Von dieser Summe sind die am 31. Dezember in der Reichsbank vorhandenen 10,29 Mill. M in Abzug zu bringen. Auf den Verkehr entfielen also Ende 1917 349,71 Mill. M. Nimmt man die Höhe der Ende 1913 umlaufenden Reichskassenscheine auf 180 Mill. M an, — durch Gesetz vom 3. Juli 1913 wurde bestimmt, daß der als Deckung der Reichskassenscheine betrachtete Reichskriegsschatz im Juliusturm von 120 auf 240 Mill. M. zu bringen sei, womit gleichzeitig das Ausgaberecht für die Reichskassenscheine im gleichen Umfange vermehrt wurde; bei Kriegsausbruch aber betrug der Kriegsschatz 205 Mill. M — so ist eine Zunahme der im Verkehr befindlichen Reichskassenscheine um 349,71 — 180 Mill. M. = 169,71 Mill. M von Ende 1913 bis Ende 1917 festzustellen.